

... gepaltene Millimeterzelle oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Vereins- und Vereinnahmungsangelegenheiten 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reflametpreis: Die Millimeterzelle 3 gepaltene oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische

Verlagspreis: Durch Austräger Einzelnummer 200 M., 1000.— M. pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 200 M., 3000.— M. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Verab. Genossenschaft. — Redaktionsprechstunde: 6—8 Uhr nachm. Postfachkonto: Breslau Nr. 310 80. — Fernspr.: Breslau, Ring 8897.

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 101.

Mittwoch, den 2. Mai 1923.

5. Jahrgang.

Der Verlauf der Demonstrationen am 1. Mai

Ueberreichung eines deutschen Scheinangebots.

Die Industriellen geben keine Garantie.
Das deutsche Angebot wird voraussichtlich in der Nacht zum Mittwoch abgesandt und zwar gleichzeitig an Regierungen in London, Paris, Rom, Brüssel und Washington. Die Veröffentlichung in Berlin ist im Laufe des Mittwoch zu erwarten.

Ueber den Inhalt ist zu sagen; daß es sich im allgemeinen im Rahmen des Vergnügungsangebots vom Januar d. J. bewegen wird, das von Frankreich und England damals als inakzeptabel zurückgewiesen wurde, weil es keine Garantie von Seiten der Industriellen enthielt. Auch diesmal ist es Cuno gelungen, die Industrie zu einer Garantie zu bewegen. Mit Recht nennt deshalb der „Vorwärts“ das Angebot ein bloßes Scheinangebot.

Auf französischer Seite ist bemerkenswert eine Rede des Präsidenten des Comité de Forges am 29. April in der Meuse Handelskammer. Nachdem er die große Herabminderung der Produktionsfähigkeit und die starken finanziellen Opfer der lothringischen Industrie infolge des Ruhrkonfliktes betont hatte, erklärte er wörtlich:

„Es wäre falsch, wenn gesagt würde, die französischen Großindustriellen hätten die Besetzung der Ruhr veranlaßt, um die deutsche Konturrenz auszuschalten.“

Der Wunsch nach einer baldigen Liquidation des Ruhrunternehmens ist aus der Rede klar ersichtlich. Hier wie dort das gleiche Bild. Stinnes und das Komitee de Forges haben sich verständigt und sind an der weiteren Wahrnehmung der „nationalen“ Belange ihrer Länder nicht mehr interessiert.

Der Krieg an der Ruhr.

Krupp von Bohlen und Halbach verhaftet.

Nach den furchtbaren Märtyrertaten, die die Herren Thyssen und Stinnes ausgedehnt und woraus sie reichliches Kollamkapital geschlagen haben, hat sich nun Herr Krupp zur Abwechslung von den Franzosen verhaften lassen. Hoffentlich blüht er sich nicht und bleibt etwas länger beim Franzmann als Stinnes, den man schon nach zwei Stunden wieder freiließ.

Massenverhaftungen von Kommunisten.

Nachen, 30. April.
Die belgische Gendarmerie hat in Nachen in öffentlichen Lokalen eine Razzia auf Kommunisten abgehalten, bei der 500 Personen festgenommen wurden.

Die Situation an der Ruhr zeigt eine bedeutende Verschärfung. Die Sprengungen und Attentate auf Ententeoffiziere dienen den französisch-belgischen Militärs zum Anlaß, Massenverhaftungen von „Verdächtigen“ und Geiseln vorzunehmen. Die nationalistischen Elemente bekommen so immer besseren Boden, um die von ihnen gewünschten blutigen Konflikte herbeizuführen, um so mehr, als die Kohlenverordnungen Dequintés die Spannung auf höchste steigern.

Die Arbeiterchaft, die mit Sprengungen und Morden aus dem Hinterhalt nichts zu tun hat, muß mit um so größerer Energie und Disziplin ihren Kampf gegen die imperialistischen Räuber weiterführen. Die Verhinderung des Kohlentraubes durch Verteilen der Halbkohle und Ausschließen der Förderung trifft Poinecaré besser als alle nationalistischen Erzieher, denen die Arbeiterchaft nach wie vor überall energisch entgegenzutreten muß.

Repressalien und neue Befehle.

Wegen angeblichen Sabotagehandlungen an den Telephonleitungen ist die Stadt Duisburg von den Belgiern mit 75 Millionen Mark oder 3571 Dollar belegt worden.

Köln, 1. Mai.

Wie das „Kölnische Tageblatt“ hört, besetzten die Franzosen am Sonntag die drei Braunkohlengruben Donatus, Nölar und Nölar-Konfordia bei Brühl an der Grenze des englischen besetzten Gebietes zur Abförderung von Kohle militärisch. Die Belegungen der drei Gruben sind in den Ausmaß getreten. Es werden nur die Notstandsarbeiter beschäftigt.

Wie die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ aus Heddinghausen meldet, haben die Franzosen die Belegungen General Blumenthal 1 und 2 und die Jede Heddinghausen 1 besetzt. Auf allen Zeichen haben die Arbeiter die Arbeiten eingestellt. Die Franzosen sind mit den Vorbereitungen für die Abfuhr bis auf den auf diesen Zeichen stehenden Rols beschäftigt.

In Breslau

Breslau, 2. Mai.

Die gestrige Maitfeier in Breslau bewies mit aller Deutlichkeit, daß es den Sozialdemokraten und Reformisten auf die Dauer nicht gelingen kann, die Kommunisten von der übrigen Arbeiterschaft zu isolieren. Natürlich brachte die Maitfeier in Breslau, wie nicht anders zu erwarten war, gewaltige Massen auf die Beine. Der ausgedehnte Schloßplatz war ein wogendes Menschenmeer, über dem stolz eine Flut von roten Fahnen siegesfroh flatterte. Wenn auch die Beteiligung an der Maidemonstration nicht ganz so stark wie voriges Jahr war, so betrug die Zahl der Teilnehmer selbst nach bürgerlichen Schätzungen 80 000 bis 100 000 Personen. Auffallend groß war in diesem Jahre die Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen, die hinter den roten Bannern und Sowjetabzeichen der Kommunistischen Partei marschierten. Die Breslauer Sozialdemokraten hatten es hochtrabend abgelehnt, eine gemeinsame Maitfeierngehung mit den Kommunisten zu machen. Wahrscheinlich wollten sie auch auf diese Art die Einheitsfront des Proletariats herstellen, die sie stets im Munde führen.

So hatte die KPD die revolutionäre Arbeiterschaft aufgerufen, sich morgens um 8 Uhr im Konzertgarten des Schloßwerders zu versammeln. Hier sprachen der Genosse Dethner von der Bezirksleitung der KPD und ein Vertreter des Arbeitslosenrates zu den Versammelten. Darauf erfolgte der geschlossene Wärmarsch nach dem Schloßplatz, wo die Gewerkschaftsführer und ihre treuen Schäfchen recht erstaunte Augen machte. Beim Wärmarsch vom Schloßplatz trennten sich die Jünger wieder. Die Anhänger der KPD bogten in die Graupenstraße ein und bewegten sich in einem imponanten Zuge über den Ring, die Schwiedendrüke zum Schloßwerder. Auch eine Musikkapelle hatte sich dem Sowjetbanner angeschlossen. Der Zentralverband der Schuhmacher beteiligte sich geschloffen an kommunistischen Zuge. Auf dem Schloßwerder angekommen, wies Gen. Dethner in einer Ansprache noch einmal darauf hin, daß der heutige Tag beweisen habe, daß die Kommunistische Partei auch in Breslau beginnt, das Vertrauen großer Arbeitermassen zu gewinnen. Soll die Arbeiterbewegung aus dem Sumpf heraus, soll sie den Kampf gegen Vereinnahmung und faschistische Gewalttaten führen können, so müssen die Anhänger der Kommunistischen Partei die größte Aktivität und Energie aufbringen, um auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft in die gemeinsame Kampftruppe einzureihen.

Nachmittags waren die Maidemonstranten im großen Konzertgarten des Schloßwerders zwanglos beisammen. Um 8 Uhr begann in großer Saale die Abendfeier der KPD, Ortsgruppe Breslau. Die Freie Chorbewegung Breslau sang einige Kampflieder. Der proletarische Sprechchor unter der Leitung des Genossen Harns wirkte in Herweghs „Das Lied vom Hase“ und in dem „Fahnenlied der roten Soldaten“ und Oskar Kanel ganz besonders auftrüttelnd, aufpeitschend. Der Sprechchor ist für die kommunistische Bewegung ein großer Fortschritt und es wäre zu wünschen, daß er noch weiter ausgebaut wird, da er bei guten Vorträgen Großes leisten kann.

Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die wirkungsvollen Rezitationen des Genossen Harns.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Referat des Genossen Felix Schmidt (Felin), der in einhelfstündiger Rede die Bedeutung des 1. Mai feierte. Genosse Schmidt schilderte den deutschen Arbeiter, wie er heute ist, ruhig und gelassen, trotz Hunger und Elend und wütendem Ansturm der Faschisten. Wenn sich das Prole-

tarial nicht aufrafft, in gemeinsamer Front um die Herstellung einer Arbeiterregierung zu kämpfen, dann wird es für Jahrzehnte unter der Fuchtel der internationalen Ausbeuter schmachten und zugrunde gehen müssen.

Im zweiten Teil des Programms schilderte Genosse Marggraf die Zustände in Oberschlesien, die sich demartig zugespitzt haben, daß jeden Tag eine Katastrophe eintreten könne. Der Terror der faschistischen Bänder ist für die Arbeiterschaft nachgerade unerträglich geworden. So haben die Faschisten das Lokal, in dem am vergangenen Sonntag in Hindenburg der Betriebsräte-Kongress tagen sollte, besetzt. Die oberschlesische Arbeiterschaft hat aber die Situation erkannt und in allen Betrieben Arbeiterhundertkämpfe aufgestellt. Sie ist entschlossen, die Faschisten niederzuschlagen. Die bürgerliche Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, hat eine ungeheure Heize gegen unsere Genossen in Oberschlesien entfesselt und spricht von einem bevorstehenden Kommunistenputsch, um den Aufmarsch der Ortschaft in Oberschlesien zu verschleiern. Die Heize habe den Erfolg gehabt, daß zwei Genossen verhaftet und ein dritter stiefväterlich verfolgt wird. Genosse Marggraf schloß sein Referat mit der Aufforderung an die Breslauer Arbeiter, einhelfstündig aus den Schloßwerder heraus Arbeiterhundertkämpfe gegen die auch in Breslau immer stärker werdenden Faschistenbänder zu bilden.

Nach mehrfachen Auflufen des Sprechchors und einigen Rezitationen des Genossen Harns wurde die Feier mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ geschlossen.

Die Maitfeier im Reich und Ausland.

Die Maitfeier scheint nach den uns vorliegenden Meldungen bürgerlicher Agenturen überall ohne größere Zwischenfälle verlaufen zu sein. Aus Ortschaften liegen uns noch keine eigenen Berichte vor. Wolffs Büro meldet, daß die sozialistischen Vereine und Gewerkschaften nachmittags im Hirtengarten eine Maitfeier veranstalteten, an der Tausende teilnahmen. Die Nationalsozialisten hatten in Strauß Krone eine Maitfeiernsammlung einzulassen, in der ihr Führer Adolf Hitler sprach.

In Essen fand eine gewaltige Massendemonstration statt, an der sich mehrere hunderttausend Männer und Frauen beteiligten. Auf zahlreicher Schildern, die neben Fahnen im Zuge geführt wurden, forderten die demonstrierenden Massen der Ruhrarbeiterschaft proletarischen Klassenkampf sowohl gegen Poinecaré wie auch gegen Cuno. Die französischen Truppen mieden die Straßen. Lediglich französische Militärflugzeuge beschoßten die Züge der Massen und warfen Propagandaflygblätter herab. Die Ordnung im Zuge und auf den Straßen wurde durch freiwillige Ordner der Gewerkschaften aufrecht erhalten. Auch in den übrigen Großstädten des Ruhrreviers fanden gleichartige Kundgebungen und Umzüge statt.

In den Bergwerksbezirken in Frankreich reich feierten etwa 75 Prozent der Bergarbeiter. In Paris fanden wie hieres meldet, am Nachmittag überall Massenversammlungen und Kundgebungen statt, die sich gegen die Zensur, gegen die innere Reaktion, gegen den Militarismus und gegen die Ruhrbesetzung richteten.

Der 1. Mai hat in London und in anderen Stellen Englands einen eindrucksvollen Verlauf genommen. In der Grafschaft Durham haben 200 000 Bergarbeiter gefeiert.

Charles Amwahlen der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin ist nach den letzten Mitteilungen stark gewachsen. So hat sich die Zahl der Arbeitslosen allein in der Metallindustrie auf 21 000, die der Kurzarbeiter auf mehr als 70 000 erhöht.

Fromme Waidwünsche des Herrn Banderbelde

we. Breslau, 2. Mai.

In ihrer Montagnummer läßt die „Volkswoche“ die beiden Hauptlinge der 2. und 2 1/2. Internationale aufmarschieren, um über den 1. Mai und die Internationale zu orakeln: Banderbelde und Kautskij. Beide gebeten sich auf dem in einigen Wochen in Hamburg stattfindenden internationalen Kongress die Hände zu reichen und beide Internationales, die sich schon längst im opportunistischen Arbeiterbetrug überbieten, zu vereinigen. Nun nehmen sie den 1. Mai zum Anlaß, um für diese Vereinigung die Reflametrommel zu rühren. Man braucht wieder ein Schauspiel für die Urteilslosen! Der letzte Einigungsrummel zwischen SPD und USPD hat nicht den erwarteten Erfolg gebracht.

Was sind die Resultate dieser Vereinigung? Ist die Schlagkraft des Proletariats etwa durch sie gewachsen? Wir mußten im Gegenteil ein ständiges Zurückweichen der Arbeiterschaft bemerken. Beseitigung des Achtstundentages, ununterbrochener Lohnabbau durch Preistreiberei, Wähler- und Markenwerbung, dazu täglich neue Gemeinheiten und Brutalitäten des faschistischen Böckels, der mit dem Geld der Schwerindustrie gespäht wird. Trotz der vereinigten Sozialdemokratie hat die deutsche Schwerindustrie es fertig gebracht, ein großkapitalistisches Kabinett dem verhungerten deutschen Volke auf die Nase zu setzen. Aber was sagen wir — trotz? Nein, mit Hilfe und Unterstützung der Sozialdemokratie wurde das Cuno-Kabinett in den Sattel gehoben. Die mächtige USPD, was es, die offiziell dem Jagadirektor Cuno mit seinem volksparteilichen Kabinett das Vertrauen aussprach. Unter Cuno fühlen sich Stinnes und all die anderen Haisliche so wohl, wie sich eben nur Haisliche im Wasser fühlen können. Die Nahrung besteht in billigen Proletenlöhnen, die, mit schandbaren Kollamlohn abgeteigt, Mark und Blut zur Mehrwertshinderei hergeben müssen.

Die Beseitigung der USPD war notwendig, damit die Arbeiter dieser Partei rechtlos unter die Fuchtel der sozialdemokratischen Bonzen kamen. Damit wurde der Weg freigemacht zur Koalitionspolitik mit der Stinnespartei, zur annehmen und in nächster Zeit zur offenen Koalitionsregierung. (Hermann Müller hat in seiner Rede vor der Berliner USPD-Funktionären die Große Koalition schon offen angekündigt.) Die lästige Kritik der Kommunisten hoffte man zu überdönen durch das hysterische Geschrei: Einig, einig, einig! Man predigte Einigkeit zwischen Kaff und Metzger, denn nichts anderes bedeutet die Koalitionspolitik! Das wird auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft bald genug erkennen. Die'n Erkenntnisprozess zu fördern, ist allerdings das Bestreben der KPD.

Und nun die Einigung auf internationaler Basis? Der Kongress in Hamburg hat mit der Einigung des internationalen Proletariats so viel zu tun, wie der Tabakqualm mit dem Ausbruch des Belus. Was sich in Hamburg einigt, sind nicht die Vertreter des internationalen Proletariats, sondern die sozialistischen Handlungsbereitenden der verschiedenen kapitalistischen Regierungen. Die Einigung in Hamburg steht nicht zufällig im Zeichen der Verständigung zwischen Stinnes und Loucheur über die Ruhrfrage. Diese Verständigungsaktion geht auf Kosten der weiltätigen Massen diesseits und jenseits des Rheins.

Welche Rolle spielt bei der kapitalistischen Verschönerung gegen das europäische Proletariat die 2. Internationale? Lassen wir Banderbelde selber reden und das Programm erläutern. Er richtet als ehemaliger Minister

Einem Ansehen des Herrn von Heiglen folgende Mitteilung an die SPD:

Die deutschen Regierungen haben ihre Verhandlungen fortzusetzen, um die Regierung von Paris zu veranlassen, die Handelsverhandlungen einzuleiten und ein für alle Mal auf Methoden zu verzichten, die aus dem Wunsch zu entspringen scheinen, der moralischen und veritasmäßigen Verpflichtung zu Reparationen zu entgehen.

Nicht wahr, das ist ein ziemlich starkes Stück! Die Regierungen von Paris und Brüssel, deren Reparationspolitik das deutsche Volk in einem verachteten Zustand des Verhungerns und Verelendens gebracht hat, können mit ihrem Ansehen und Kaiserlichen Wankelmut zufrieden sein. Die ganze internationale Bedeutung dieser von Paris und Brüssel gebotenen Reparationspolitik der Entente ist zu übersehen, die Ansehnlichkeit Deutschlands zu vollenden. Das gibt deutlich daraus hervor, daß Herr Vandervelde nichts von einer Arbeiterregierung wissen will, sondern die Verhandlung mit der Entente ausdrücklich von der Sozialistischen Einheitsregierung verlangt.

Aber die „Volksmacht“ bemerkt doch in einer Redaktionsnote, Vandervelde habe einen mühsamen Kampf gegen die Ruhrpolitik der belgischen Regierung! Wie steht es damit? Hier wir, wo Vandervelde darüber sagt:

Die belgischen und französischen Sozialisten endlich müssen unablässig zugleich die Ungerechtigkeit und Sinnlosigkeit einer Politik brandmarken, die weit davon entfernt, die Reparationen zu sichern, sie nur noch schwieriger gestalten.

Alle nicht aus irgendeinem internationalen proletarischen Grund heraus, sondern weil die Reparationen nicht gesichert, sondern schwieriger gestaltet werden, deshalb bekämpft Vandervelde die Ruhrbesetzung. Aus denselben Gründen wünscht auch Herr Bouchar „Sösungen der Verhandlung“.

Ein laudbarer Agent der Ententebourgeoisie, dieser Herr Vandervelde!

Es ist nur gut, daß die „Volksmacht“ diesen vom sozialistischen Standpunkt aus direkt sinnlosen Artikel zum Abdruck gebracht hat. Die schließliche Arbeiter-Gast wird auf diese Weise schneller dahinter kommen, welchen internationalen Regierungsmächtern sie ihre Führung anvertraut hat.

Auf den Artikel Kautskys kommen wir ein andermal zurück.

Das Brot aus Rußland und die Kohle an der Ruhr.

Von Max Barthel (Berlin).

Rußisches Brot! Die ersten Waggon, die von Amerika in Rußland geschickt sind, wurden mit großer Eile von der sozialdemokratischen Regierung zurückgewiesen. Die Waggon russischen Getreides sollen jetzt in verschiedenen Teile Deutschlands, wo der Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und Frankreich, der erhitete Krieg zwischen französischem Esau und deutscher Koby entbrannt ist. Sie sollen zu den Opfern des Krieges, zu den deutschen Proletariaten, die bedrückt sind vom französischen Militarismus und von der deutschen Kapitalistischen Kräfte.

Der Krieg an der Ruhr wird aus Kosten des belgischen und des französischen Proletariats geführt. Die Kohlen müssen sich auf den Halben, die Lager in den großen Werken sollen bald nicht mehr die Fertigung und die Halbfertigfabrikate. Die ungeheuren Wankelmut der deutschen Ruhrstreikenden werden verwandt zum Kauf und Ausgeben der belgischen Kohlen, zum Ausbau der Schächte, zum Bau neuer Fabrikanlagen und neuer Schächte. Die Partei von Esau, der in das Land eingeschoben ist, wird in diesen Stunden für die Arbeiter und Kleinbürger gefochet, die Kapitalisten schützen das Feuer und wahren den Preis, damit es ihnen gut geht. Sie tunen sich für den neuen Krieg für den Krieg mit überfüllten Kohlenlagern und sollen Lagerstücken. Die Grubenarbeiter werden ihre Macht, ihre überfüllten Kohlenlager und Lagerstätten ausnutzen. Sie werden brutal die Lebenshaltung der Ruhrarbeiter herabsenken, sie werden den Lohn reduzieren, sie werden die Löhne der Arbeiter herabsenken, wie sie ihre Köpfe wieder unter den Dornen der französischen Besatzung mit dem Hunger und lebender Arbeiterung gesenken haben. Der Arbeiterkampf, der nicht zu nationaler Grenzen gebundene proletarische Arbeiter und Arbeiterinnen wird im Ruhrgebiet lebendigst erweckt. Die auch die Arbeiter ausgeben mag: Anreizung vor aber Verdrängung mit den Haupten der Leidtragende ist das Ruhrproletariat.

Die vorgeschobenen Posten im Kampf gegen die Sozialdemokratie sind die Kontrollkommissionen. Eine der Aufgaben der Kontrollkommissionen im Ruhrgebiet ist die Verteilung des russischen Brotes. Durch die Verteilung des russischen Brotes sind die Konsumgenossenschaften, die Gewerkschaften und die proletarischen Parteien an diesen Kontrollkommissionen unmittelbar interessiert. Die Partei der proletarischen Konsumgenossenschaften ist in dieser Stunde, wo die Kapitalisten im Ruhrgebiet über die geduldige heldenmütige Arbeit ihrer Arbeiter nichts sind, in dieser Stunde müssen die Arbeiter, um in der neuen wirtschaftlichen Krise nicht zu verfallen, gebietlich die gesamte Wirtschaftsfrage wirtschaftliche Beziehungen zu Sowjetrußland und revolutionäres Sowjetrußland hungernd nach Menschen und landwirtschaftlichen Geräten, nach Kolonialwaren und Eisenbahnmaterialien. Die Proletarier des Ruhrgebietes müssen — nicht Sowjetrußlands wegen — sondern um ihr eigenes

Betriebsräte-Konferenz in Oberschlesien.

Betrodchung durch proletarische Hundertthausen.

Oleib, 30. April.

Am Sonntag, den 29. April, fand eine Betriebsrätekonferenz unter Betrachung von 10 proletarischen Hundertthausen statt.

Der Aufruf der Betriebsräte der Papierfabrik Kofel-Galen hatte die Betriebsräte Oberschlesiens am 29. April 1923 zu einer Konferenz nach Hindenburg bei Maria einberufen. Durch die elende Kommunismusbege von Seiten der bürgerlichen Blätter mußte die Konferenz nach Mikulisch verlegt werden. Da die Gefahr bestand, daß von Seiten der Kapitalisten diese Konferenz ausbleibe, sah sich die Arbeiterchaft gezwungen, diese Konferenz zu überwachern. Durch Anführung von Seiten der Schupo, der Hundertthausen in Hindenburg, tagte die Konferenz mit folgender Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage und Aufgaben der Betriebsräte, 2. Wahl des provisorischen Ausschusses der ober-schlesischen Betriebsräte. Zu den Ausführungen im Referat zu Punkt 1 kamen die Betriebsräte zu dem Entschluß, eine Arbeiterchaft in Oberschlesien zu schaffen, die die Vorarbeiten zu leisten hat, in nächster Zeit einen ober-schlesischen Betriebsräte-Kongress einzuberufen.

Zu Punkt 2 sind sieben Betriebsräte in den provisorischen Ausschuss gewählt worden. Folgende Resolutionen gelangten einstimmig zur Annahme.

Resolution zur Bildung proletarischer Abwehrformationen.

Wir versammelten Betriebsräte erklären in der Organisierung der sozialistischen Kämpden in Oberschlesien durch die Unternehmer eine Her-

ausforderung und Provokation der Arbeiterchaft schlimmster Art. Die Organisierung dieser Kämpden zwingt uns zu Gegenmaßnahmen. Wir fordern daher die Arbeitkollegen auf, sich zu Abwehrformationen zusammenzuschließen, um den dunklen Elementen nicht wehrlos gegenüber zu stehen. Arbeiter Oberschlesiens bildet auf allen Werken proletarische Abwehrhundertschaften!

Entschlüsse

gegen die Verleumdungen der Betriebsräte. Die am Sonntag, den 29. April in Mikulisch versammelten Betriebsräte ober-schlesischer Großbetriebe erheben schärfsten Protest gegen die in der Öffentlichkeit verbreitete Meinung, daß die ober-schlesischen Betriebsräte eines Mein-her Großbetriebes französische Geld in Empfang genommen haben, um in Oberschlesien einen Putsch durchzuführen. Die Betriebsräte stellen fest, daß Gelder von den Arbeitern der Betriebe Oberschlesiens gesammelt werden durch einen vorbereitenden Ausschuss zur Finanzierung des allgemeinen ober-schlesischen Betriebsräte-Kongresses und zur Finanzierung der notwendigen Ausflüge gegen nationalsozialistische Verhörung und den Faschismus in Oberschlesien. Alle anderen Nachrichten bezeichnet die Konferenz als elende Lüge und als Erfindung gemelter Pressschulis und verwahrt sich energisch gegen solche die Dossentlichkeit vergründende Marnnachrichten. Die Konferenz fordert hierdurch in aller Dossentlichkeit die arbeitende Bevölkerung in Oberschlesien auf, die Sammlungen erhöht fortzuführen. Schafft Gelder, schafft die notwendige Munition heran, damit die gemeinsame Kampffront aller Arbeiter schnellstens geschaffen werden kann.

Die provisorische Betriebsrätezentrale.

Poincaré beschlagnahmt das russische Brot.

Essen, 30. April.

Das „Ruhrecho“ meldet: Der Geschäftsführer des Landeswirtschafts der Betriebsräte für Rheinland und Westfalen in Essen gab die Mitteilung zu, daß die französische Besatzungsbehörde der für Hagen und Brach bestimmt sei Teil des für die Ruhrarbeiter bestimmt werden Brotgetreides in Höhe festhalte.

Es geht aus der Beschlagnahme des russischen Brotes, ebenso wie aus dem wiederholt vorgeschriebenen Fegnahme der Deputationsstelle der Bergarbeiter ganz deutlich die Absicht der Provokation hervor. Poincaré und die deutschen Sozialisten legen es darauf an, ein Blutbad unter den Bergarbeitern zu verursachen, um sie ganz und gar niederzuschlagen und sich dann auf Kosten des deutschen Volkes zu verhängen, d. h. in seine Ausbeutung teilen.

Gegen diese frechen Raub der französischen Besatzungsbehörden muß das gesamte internationale Proletariat mächtigen Protest einlegen.

Die Hülfe der russischen Arbeiter und Bauern für die politischen Gefangenen.

Die Vollversammlung der Arbeiter und Angehörten der Waggon-Werke von Landerfeld am 29. 3. folgenden Beschluß: Die Vollversammlung beschließt, 10 von der Bourgeoisie eingekerkerte Revolutionäre für die Zeit vom 1. April 1923 bis zum 1. Januar 1924 als Angestellte und Arbeiter der Waggon-Werke zu führen. Die Arbeit für die 10 in den Gefängnissen zu führenden gefangenen Genossen wird in geeigneter Form durch die versammelten Arbeiter geleistet. Der Lohn ist von der Zersetzungsstelle des Zentralkomitees der Internationalen Arbeiterhilfe zur Unterstüttung der politischen Gefangenen zu überweisen.

Die Arbeiter des Zentral-Bezirks der Sowjetunion.

Die Arbeiter und Bauern des Sowjetbundes sind überaus stolz auf die Teilnahme der Arbeiter und Bauern zur Unterstüttung der politischen Gefangenen eine Hilfe mit gemeinsamen Geld- und Silbergaben. Es befinden sich darunter u. a. 21 goldene Rubel, 2 goldene Gulden, 2 Goldrubel, 10 silberne Rubel, 11 silberne Gulden, 3 silberne Rubel, 6 silberne Gulden, 5 Goldrubel, 5 Gulden und Medaillen aus Gold und Silber, 2 Silberstücke, 11 silberne Silber, 6 silberne Silberstücke, 3 Arabische Silberstücke. — Außerdem wurden 12 793 Rubel als erstes Sammlungsergebnis im baren Geld über-

Das Waffen-Meeting in Waldenburg.

18000 Proletarier marschieren auf.

In Waldenburg wurde das internationale Meeting zu einem wichtigen Massenauftmarsch der Arbeiterchaft des Industriegebietes. Nahezu 18000 Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte waren auf dem Ring zusammengekommen, das Geblüt internationaler proletarischer Solidarität abzulegen. Aus allen umliegenden Ortschaften waren Delegationen mit roten Bannern und Standarten erschienen, die Vertreter des französischen, englischen und russischen Proletariats zu begrüßen.

Die Redner sprachen vom Demutmaßel aus, der sich mitten auf dem Ringe erhebt. Dort, wo einst die Statue Wilhelm I. ihren Platz hatte, hielten die Vertreter des revolutionären Proletariats Englands, Frankreichs und Rußlands ihre harschenden Ansprachen. Die Stimmung war kampfbegeistert. Mit brauselndem Jubel wurden die ausländischen Bemerkungen begrüßt. Nicht endenwollender, tosender Beifall unterbrach und schloß ihre Reden.

Als der Vertreter Sowjetrußlands den Sodel erkletterte, brach ein gewaltiger Beifallssturm los.

Es lebe Sowjetrußland! Es lebe die erste Arbeiterrepublik der Welt!

Sch, hoch, hoch! So kam es impulsiv aus den Massen zahlloser sozialdemokratischer Arbeiter, die an der Kundgebung teilnahmen, schwenkten begeistert die Hute. Und dann erkobte der gewaltige Geang der „Internationale“ über den Ring. Dieses Massenmeeting in Waldenburg hat gezeigt, daß der revolutionäre Einfluß der kommunistischen Internationale, deren Vertreter zu den Massen sprachen, unter dem Proletariat des Waldenburger Industriegebietes kräftig wächst und immer größere Massen in die reformwärtigen Kämpden der kapitalistischen Zwangsarbeit reißt.

Die Verhaftung des Genossen Dital-Paris.

Das wird mitgeteilt, daß die Verhaftung mit dem Fehlen eines Passes begründet wurde. Die Verhaftung erfolgte abends 8 Uhr nach dem Massenmeeting der Waldenburger Arbeiterchaft. Angeführt der gewaltigen Protestmengen wagten die Behörden diesen Schritt nicht. Die Verhaftung des französischen Genossen Dital-Paris wieder einmal die Einzelnen der abgepflochtenen Melodie vom Abwehrkampf singen. Nur die Kommunisten in Frankreich führen den Kampf gegen Poincarés Wiederpolitik und gegen das Kapitalversteher. Kommt aber ein Vertreter der kommunistischen Partei Frankreichs zu den belgischen Proletariaten dann wird dieser Vertreter schweigend. Es ist natürlich nicht um Zuspätschiebung, die solche Verhaftungen verursacht, sondern diese Verhaftungen liegen in der Linie der jetzt ausgebreiteten deutsch-französischen Verhandlungspolitik. Die deutsche Regierung bedankt sich be-

in Paris und die Ausweisung deutscher Genossen aus Frankreich.

Die Verhaftung steht im Zeichen der Offenheit aller kapitalistischen Regierungen gegen die kommunistischen Parteien. Massenverhaftungen in Lachen, Warschau, Entdeckung einer bolschewistischen Verschwörung in Konstantinopel zeigen, daß die kapitalistischen Regierungen aller Länder sich einig sind in der Verfolgung des revolutionären Proletariats.

Die „Arbeiter-Zeitung“ für Duisburg zum 4. mal verboten.

Unter Duisburger Bruderorgan, die „Arbeiter-Zeitung“, ist von dem belgischen Kommandanten des Duisburger Brückenkopfes auf acht Tage, bis zum 4. Mai, verboten.

Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels über die Mißhelmer Vorgänge, in denen unter Bruderorgan die Propagation der deutschen und französischen Spitzel entlarvt.

Wahrscheinlich ist dieses Verbot auch ein Zeichen der „guten Zusammenarbeit“ zwischen deutschen Kommunisten und französischer Verwaltung, wovon die bürgerliche und sozialdemokratische Presse so schön zu fabulieren weiß.

Nationalsozialistischer Radau in Wien.

Wien, 1. Mai.

In Wien fand am Montag eine nationalsozialistische Versammlung statt. Diese provokatorische Veranstaltung der Arbeiterkinder wurde von der Polizei beschlagnahmt. Nach der Versammlung kam es zu Zusammenstoßen zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern, wobei die Polizei für die Nationalsozialisten Partei nahm. Die Polizei machte rücksichtslos gegen die Arbeiter von der blanken Waffe Gebrauch. Viele Arbeiter wurden verhaftet, Polizisten durch Steinwürfe verletzt.

Die Lohnverhandlungen im Bergbau.

Wie die „Deutsche Zeitung“ mitteilt, hat der im Reichsarbeitsministerium zusammengesetzte Schlichtungsausschuss den Bergarbeitern in seinem Schlichtungsbericht eine durchschnittliche Lohnsteigerung von 10–12½ Prozent zugestimmt.

Für Oberschlesien wurden die Löhne um 14 40 Mark je Schicht, für Niederschlesien um 1 080 Mark je Schicht erhöht.

Die neuen Löhne im Buchdrucker-gewerbe.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat das Berliner Zentral-Schlichtungsamt den Buchdruckern eine 15-prozentige Lohnzulage zugestimmt.

Diese „Lohnerhöhungen“ in beiden Berufen bedeuten angesichts der 80-prozentigen Dollarsteigerung und dementsprechender Erhöhung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel in Wirklichkeit Lohnabbau, der weitere Verschlechterung und Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterchaft zur Folge haben muß.

Die Schlichtungsausschüsse erweisen sich immer wieder als ein Mittel, das die Unternehmer anwenden, um die Erhöhung der Reallohn zu verhindern und die Arbeiter, Angestellten und Beamten um ihre Lohn- und Gehaltsansprüche zu berauben.

Die 10- und zwölfprozentige „Lohnerhöhung“ im Bergbau bedeutet geradezu eine Verhöhnung der hungernden Bergarbeiter im Reich, besonders aber der Bergproleten im niederschlesischen Revier.

Fechenbach und Dehme.

Selbst bürgerliche Blätter äußern ihre Bedenken darüber, daß die parlamentarische Untersuchung des Fechenbach gegen den Landesverrat Fechenbach noch immer keine praktische Auswirkung gefunden hat. Es scheint hier eine beachtliche Verschiebung vorzuliegen. Auch die Interpellation im Reichstag zum Fall Fechenbach hat noch immer der Erledigung. Wegen des in mancher Beziehung gleich liegenden Falles Dehme scheint man sich in den maßgebenden juristischen Kreisen auch durchaus keiner Eile zu befleißigen, sobald der Verteidiger Dehmes wegen seines Mandantes, der noch immer wegen angeblichen Landesverrats in Untersuchungshaft sitzt, zwecks Verschleppung des Verfahrens die Flucht in die Dossentlichkeit antritt.

Arbeiter und Stenographie.

Uns wird geschrieben: „Um dem Bedürfnis nach engerem Zusammenfluß der Arbeiterklasse an eine stenographisch bildende Beziehung Rechnung zu tragen, hat sich zur weiteren Verfolgung dieser Bestrebungen für die Stenographiehaltigen Hand- und Kopfarbeiter ein „Vorbereitender Ausschuss“ gebildet zu dem Zweck, die auf dem Boden der modernen Arbeiter- und Angestelltenbewegung stehenden Stenographiehaltigen beiderlei Geschlechts, ohne Unterschied des Systems, zu einem alle System umfassenden „Allgemeinen Arbeiter-Stenographie-Bund“ zusammenzuschließen.“

Bereits- und Gruppenvorstände, sowie Genossinnen und Genossen, welche gewillt sind, an Orte Vereine zu gründen, werden gebeten, ihre genaue Adresse baldigst an den Vorbereitenden Ausschuss zur Schaffung eines Allgemeinen Arbeiter-Stenographie-Bundes“ zu Händen des Genossen Felix Hummel, Leipzig, Postfach 32, zu senden.“

Breslau. Solales. Der Wahlrechtsraub am preussischen Proletariat.

Doch dieser Wahlrechtsraub genügte den nationalen Einheitsparteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen immer noch nicht. Sie beantragten, daß auch alle diejenigen vom Wahlrecht ausgeschlossen würden...

Weiter hatten die Parteien der nationalen Einheitsfront beantragt, daß alle Soldaten während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Wehrmacht ihres Wahlrechts beraubt sein sollten.

Doch nicht genug damit! Von sich aus stellten die Sozialdemokraten noch den ungeheuerlichen Antrag, auch

alle Straf- und Untersuchungsgefangene sowie alle Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden, ihres Wahlrechtes zu berauben!

Nur Personen, die aus politischen Gründen sich in Schutzhaft befinden, sollten wählen dürfen. Es ist selbstverständlich, daß die bürgerlichen Parteien diesem Antrag von Arbeitervertretern mit Wollust zustimmten.

Außer diesen bedenklicheren Wahlrechtsverschlechterungen brachten die „nationalen“ Parteien noch eine Reihe weiterer Verschlechterungen durch, die sämtlich wie auch die übrigen lediglich gegen die Stimmen der Kommunisten einfrümmig angenommen wurden.

So wurde beschlossen, die Verbindung von Wahlvorschlägen zu verbieten. Als unsere Genossen darauf hinwiesen, daß gegenüber der immer mehr bemerkbar werdenden Erscheinung des Aufstehens einer bürgerlichen Einheitsliste es dringend erforderlich sei, die proletarischen Listen miteinander zu verbinden...

So wurde beschlossen, daß, wenn eine Liste erschöpft ist, nicht, wie unsere Genossen beantragten, binnen einem Vierteljahr Neuwahlen stattfinden haben, sondern die Liste einfach erledigt bleibt, so daß bei Schöpfung einer proletarischen Liste durch Tod, Fortzug usw. in vielen Fällen die Bürgerlichen eine unbeschränkte Mehrheit erhalten.

So wurde beschlossen, die Amtszeit der früher auf Lebenszeit Gewählten auf 12 Jahre festzusetzen. Obwohl unsere Genossen die Sozialdemokraten auf das Exterier Programm bewiesen, das zweijährige Amtsdauer der gewählten Körperschaften verlangt, stimmten die Sozialdemokraten geschlossen mit den Bürgerlichen für zwölfjährige Amtsdauer der Mandatsträgermitglieder. Noch bedenklicher ist, daß in der Stadt Berlin überhaupt keine Neuwahlen stattfinden sollen. Man begründet das hauptsächlich damit, daß erst 1921 in Berlin neu gewählt worden sei.

Eine zusammengebrochene Staatsaktion. Die Genossen Krusche und Wehr-Olewoh freigelassen.

Die am Freitag begonnene Staatsaktion gegen unsere ober-schlesischen Genossen ist elend zusammengebrochen, trotz der heroischen Hebe, die sämtliche Parteien einschließlich der USPD anlässlich der Verhaftung der Genossen Wehr und Krusche betrieben haben.

Wie schamlos die Hebe betrieben wurde, geht aus folgender Notiz der „Schlesischen Zeitung“ hervor:

Kommunistische Putschvorbereitungen. Wehrow, 28. April. In der letzten Zeit waren immer beständigere Gerüchte aufgetaucht von einer für den kommenden Sonntag geplanten großen Aktion der Kommunisten. Es wurden auch Flugblätter verbreitet, welche zum Sturz der Regierung Suno und zur Einsetzung einer revolutionären Arbeiterregierung aufforderten.

Abgesehen von der Nachricht der Verhaftung der Genossen Wehr und Krusche ist die ganze Notiz ein Ausfluß überstürzter Polizei- und Schmutzphantasie. Denn die angeblich aufreizenden Flugblätter sind in allen Teilen Deutschlands, selbst in Hitler-Bahnen, unbeanstandet verteilt worden.

Reformierung des Selbstschutzes

Auch das ober-schlesische sozialdemokratische Organ, das „Volkblatt“, stand hinter der Hebe der bürgerlichen Blätter nicht zurück. Sie begleitete die Nachricht von der Verhaftung unserer Genossen mit folgendem Kommentar:

Daß diese Ausrede bewusster Schwindel ist, geht daraus hervor, daß in allen Gemeinden außerhalb Berlins auch dann neu gewählt werden soll, wenn auch nur eine einzige Woche vor dem noch zu bestimmenden Wahltermin des Jahres 1923 oder 1924 erst Neuwahlen stattgefunden haben!

Aber die Sozialdemokraten und ihre kapitalistischen Freunde mögen beschließen, was sie wollen. Sie mögen durch noch so viele Krusche und Erics den Willen der proletarischen Wählererschaft verjähren, das Proletariat wird ihnen doch die richtige Antwort geben. Ja, je mehr Rechte die Sozialdemokraten dem Proletariat rauben, desto erbitterter wird es den Kampf gegen seine Feinde, vor allem gegen die Feinde aus dem eigenen Lager, die sich Sozialdemokraten schimpfen, zu führen wissen.

Provinzielles.

Aus dem Stadtparlament Waldenburg. Die kommunistischen Stadtverordneten fordern 1/2 Million zwecks Anweisung von Lehrmitteln für bedürftige Volksschüler. Sie beantragen ferner vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai in den häuslichen Betrieben.

Die Sitzung wurde unter Teilnahme von 45 Stadtverordneten durch den Vorsteher eröffnet. Die Tagesordnung umfaßte 16 Punkte. Unter Mitteilungen gab der Vorsteher unseren Dringlichkeitsantrag betreffs Arbeitsruhe am 1. Mai bekannt. Weiter sind aus der Tagesordnung 600 Kronen dem Wohlfahrtsamt überwiesen worden.

Wie die L.-Z., aus Gewerkschaftskreisen erblüht, sind seit einigen Wochen in Deutsch-Oberschlesien kommunistische Bestrebungen im Gange, die darauf gerichtet sind, auf dem Wege eines Putsches (?) die Arbeiterbewegung der Regierung Suno zu lähmen.

Was von diesen Nachrichten zutreffend ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Bei der anerkannten Tapferkeit und streitbaren Naturität, die einige der Verhafteten auszeichnet, möchte man kaum annehmen, daß mehr hinter der Geschichte steckt, als irgend eine Fabel.

Zunächst sind die Beziehungen der kommunistischen Delegierten-Liga zu den Gewerkschaftskreisen hochinteressant. L.L. und Gewerkschaften sind also ein Herz und eine Seele, wenn es eine fruchtbringende Hebe gegen die Kommunisten gibt. Beabsichtigten die bürgerlichen Zeitungen durch die Nachrichten von einem bevorstehenden kommunistischen Putsch die Sanktionierung der Orgel, so beabsichtigten die Gewerkschaften mit Hilfe der L.L. einen andern Zweck, nämlich die Unschädlichmachung des Genossen Marzgraf, dessen erfolgreiche Agitationsarbeit unter den klassenbewußten Arbeitern in Oberschlesien den Gewerkschaftsführern schon lange auf die Nerven fiel.

Den vereinigten Bemühungen von Stimmes-L.L., „Volkblatt“ und Gewerkschaften ist es freilich nicht gelungen, den vorbereitenden Betriebsrätekongreß zu verhindern. Derselbe hat am Sonntag, den 29. April, unter dem Schutze der proletarischen Hundertschaften in Hindenburg getagt.

Was die von den bürgerlichen Parteien vorhergesagte „Aktion“ anbelangt, so wird dieselbe nicht in einem Putsch, sondern in einer Aktion der gesamten klassenbewußten Arbeitererschaft Oberschlesiens bestehen. Diese Aktion wird freilich nicht, wie naive Demüter glauben, den Zweck haben, die Suno-Regierung zu stürzen, sondern sie wird zunächst die Ausräucherung der faschistischen Selbstschutzes und die Gründung proletarischer Hundertschaften zum Ziele haben.

freien Gewerkschaften wie alljährlich den 1. Mai zu feiern, und es sei nicht bloß Sache der Arbeiter für die Forderungen am 1. Mai zu demonstrieren, sondern auch die Angestellten und Beamten müßten Gelegenheit haben, sich daran zu beteiligen.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung über Vermittlung von Mitteln zwecks Anweisung von Lehrmaterial für bedürftige Kinder der Volksschule wies Gen. Reichelt in seinen Ausführungen auf die wirtschaftliche Verelendung der Arbeitererschaft hin; er wies nach, daß die Regierung sowie die Elternbeiträge festgestellt haben, daß unter den heutigen Verhältnissen ein geregelter Unterricht unmöglich sei.

Waldenburg. Essentielle Forderung im Stadtteil Waldenburg. Der Magistrat macht bekannt: Die Beschlüsse von der am 8. und 9. Juni d. J. stattgefundenen Sitzung der zur Errichtung vorzustellenden Kinder des Stadtbezirks Waldenburg sind bis zum 9. Mai d. J. im Einwohner-Meldeamt, Pleßischer Hof, Gartenstraße 3, Erdgesch., Zimmer 6, bestimmt abzugeben.

Belanntmachung betreffend die Feuerlöschpflicht. Der Magistrat macht bekannt: Im Stadtteil Waldenburg hat Abteilung II während des Monats Mai dieses Jahres Feuerlöschdienst. Die Feuerwehrgesellschaft...

für dieselbe Abteilung findet am Montag, den 28. Mai, nachmittags 6 Uhr, statt. Im Stadtteil Waldenburg-Mitte hat Abteilung II während des Monats Mai Feuerlöschdienst. Die Feuerwehrgesellschaft für diesen Dienst findet am Montag, den 14. Mai, nachmittags 6 Uhr, statt.

Waldenburg. Sozialdemokratischer Bürgermeister. Dr. Steinmann der USPD, angehört, ist von der Regierung befreit worden.

Peterswalde. Mietervereinsversammlung. Am 21. 4. tagte im Saal der Frau Herrmann, die Monatsversammlung des Mietervereins. Es wurde über die am 1. 4. bei der Mietzahlung gemachten Erfahrungen und vielfach günstig verlaufenden Berechnungen berichtet.

Schottwitz. Gut und Gemüte Schottwitz bei Breslau haben für die Ruchhilfe einen bunten Usen veranstaltet. Der Reingewinn betrug ungefähr 400 000 Mark. — In obigem Notiz wird es geschrieben: Den Schottwitzern blieb es vorbehalten, den Usen zu veranstalten zu eröffnen. Öffentlich wird Schottwitz darüber berichtet. Es sollte uns nicht wundern, wenn dieses Beispiel halb Nachahmung findet und nächstens zum Vordenken bei in Essen und Mühlheim a. d. Ruhr durch die Schuld der Bourgeois hingeschlagenen, oder bei den letzten Grubenkatastrophen in Oberschlesien im Dienste des Kapitalismus gesunkenen Opfer, Vergnügungsabende mit Tanz und Ball veranstaltet werden.

Uns Gewerkschaften und Betrieben.

Die Krise der faschistischen Gewerkschaften.

Die Bestrebungen der deutschen faschistischen gelbe Gewerkschaften aufzubauen, lassen es wichtig genug erscheinen, zu untersuchen, wie in Italien die verlorene, verlogene Ideologie von der Interessengemeinschaft von Unternehmern und Arbeitern elend Schiffsbruch erlitten hat. Auch die italienischen Faschisten erklärten den Streik als Verbrechen an der Nation. Die Faschisten selbst zeigen, daß die Arbeiter trotzdem auf die Unterdrückung und die Produktionslosigkeit des Kapitals mit der Waffe der Betriebsgering ihrer Arbeitskraft antworten müssen.

In Italien kann man in letzter Zeit die ersten Anzeichen für die Wiederkehr des Klassenkampfes beobachten. Während die Neuwahlen der Betriebsräte in verschiedenen wichtigen proletarischen Zentren — wie Turin — eine entscheidende Mehrheit für die Liste der Roten Gewerkschaften ergaben, gewinnt der Widerstand des Klassenkampfes auch innerhalb der faschistischen Gewerkschaften Anhang. Die Arbeiter der faschistischen Gewerkschaften haben in letzter Zeit eine Reihe von Wohnbewegungen und Streiks durchgeführt, und so die Rufe der nationalen Gewerkschaftsführer gehört, die sich einredeten, daß die Schaffung der faschistischen Verbände die friedliche Zusammenarbeit der Klassen sichern werde.

Kontrollausschüsse und Behörden.

Alles, was bis jetzt gegen den Wucher ge-
schehen ist, hat sich als ungenügend erwiesen.
Nur die behördlichen Maßnahmen verfaßt
haben — trotz der scharfen Strafen des preußi-
schen Ministers des Innern — ist selbstver-
ständlich. Aber auch die proletarischen Or-
ganisationen gegen die Teuerung — die Kon-
sumvereine — spielen eine unzulängliche Rolle
im Kampfe gegen den Wucher. Die einzig
nützlichen Organe, nämlich die proletarischen
Kontrollausschüsse, werden heute durch die Be-
hörden an allen Ecken und Enden in ihrer
Wirksamkeit behindert, von Unterstützung gar
nicht zu reden. Trotzdem haben sie in ein-
zelnen Fällen schon wertvolle Arbeit geleistet.
Für die Zukunft kommt alles darauf an,
daß sich die Organisationen des Proletariats
— die Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Be-
triebsräte und die Genossenschaften — ver-
binden, um die Kontrollausschüsse zu wirk-
samen Instrumenten gegen den Wucher zu
machen. Es ist klar, daß diese Organe der
Arbeiterschaft in Ländern mit sozialistischen
Regierungen, wie Sachsen und Thüringen,
unter leichteren Bedingungen arbeiten können,
als unter anderen Regierungen.

Was zu erreichen wäre, sei an einem Pro-
gramm für Sachsen demonstriert. Hier haben
die Vereinbarungen im März 1923 zwischen
SPD und KPD für die sozialdemokratische
Regierung bereits gute Anhaltspunkte gegeben.
Es ist beschlossen:

Preisprüfungsstellen sind zu er-
richten, mit der Aufgabe, im Interesse der
Arbeiterschaft den Wucher durch eine energische
Kontrolle der Händler und Preise zu be-
kämpfen. Die Mitglieder dieser Preis-
prüfungsstellen sind mit entsprechenden Rech-
ten auszugestatten, die eine tatsächliche Durch-
führung ihrer Aufgaben ermöglichen.

Ein Kontrollausschuh ist jeder Preis-
prüfungsstelle anzugliedern, der dieselben be-
hörden- und polizeilichen Befugnisse hat.
Wörtlich heißt es in der Vereinbarung:

„Die Kontrollausschüsse werden in Betriebs-
triebsvereinigungen oder allgemeinen Gewerkschafts-
mitgliedsversammlungen gewählt. Auf
Anzeige der Mitglieder der Preisprüfungs-
stellen oder Kontrollausschüsse ist die Wucher-
polizei verpflichtet, einzugreifen und Beschlag-
nahmen vorzunehmen.“

Wucherergerichte. Sachverständige aus
den Kreisen der arbeits- und beruflich geeig-
neten Verbraucher sollen als Richter zu-
gelassen werden. Besonders wichtig ist das
System der Schnellurteile der stehenden
Märktegerichte, die mit Unterstützung der
Wucherpolizei arbeiten und sofort auf den
Märkten die Aburteilungen und Beschlagnah-
mungen vornehmen.

Die Konsumvereine haben in engstem
Kontakt mit diesen Preisprüfungsstellen und
Kontroll-Ausschüssen zu arbeiten, preiswerte
Waren zu beschaffen und ihre gesamten Er-
fahrungen und Einblicke in die Preisge-
staltung, die sie bei dieser praktischen Tätigkeit
erhalten, für die rücksichtslose Bekämpfung jeder
Uebertreibung zur Verfügung zu stellen. Die
Konsumvereine, die heute durch Kapitalmangel

auserordentlich behindert sind — und durch
Bankkapital korrumpiert werden — aktions-
fähig zu machen, sind mit billigen Reichs-
Staats- und Gemeindefrediten auszugestatten
und als gemeinwirtschaftliche Organe der ar-
beitenden Massen von Steuern zu befreien.
Die verlangte Konsumentenkammer
muss eine Körperschaft des öffentlichen Rechts
werden, ebenso wie es die Arbeiterkammer in
Sachsen werden soll. Die Mitglieder der Kon-
sumentenkommissionen wären durch Urwahlen von
den Konsumvereinen und den örtlichen Kon-
trollausschüssen zu wählen. Dazu käme ein
gewisser Prozentsatz von Vertretern von Bau-
Genossenschaften und Mietervereinen. Der
Aufgabenkreis der Konsumentenkommissionen um-
fasst alle Fragen der Ernährung, Preisbildung,
Kleidung, des Hausbrands, der Haushaltsgegen-
stände, der Wohnungen, des Ver-
kehrs, der Konsumsteuern und Zölle. Die Mit-
glieder der Konsumentenkammer müssen aberauf-
bar sein. In Thüringen haben einen Kongress
der Ortsausschüsse des KPD bereits sehr
gute Statuten für eine solche Konsumenten-
kammer vorgelegen.

Die Thüringer Regierung hat Anfang 1923
besondere Ausschüsse bei den Preisprüfungs-
stellen in verschiedenen Orten Thüringens er-
richtet, ebenso kann in Sachsen auf Grund
der bestehenden Verordnung ein zusammen-
fassendes Organ der Preisprüfungsstellen und
Kontrollausschüsse gebildet werden.

Heute bestehen in Thüringen ca. 20 so ge-
nannte Konsumentenkammern, die zum Teil in
Kondemtionen der Genossenschaftsbürokratie zu-
stände gekommen sind, mit dem Wunsch, sich
dadurch selber „gesetzlich zu sanktionieren“.
Trotz der mangelhaften Leitung hört man von
den Kammern nichts; sie dienen lediglich als
Deklamationsstück, um eine tatsächliche Bekämp-
fung des Wuchers zu vereiteln.

Wenn es gelingt, den in der Wucherbe-
kämpfung tätigen Organen, namentlich den Kon-
trollausschüssen, in der Konsumentenkommission
ihre Zusammenfassung und Spitze zu geben,
dann wird die Tätigkeit eine wesentlich er-
folgreichere sein können. Ihre Zusammen-
fassung über die einzelnen Landesstellen und
für das ganze Reich wird ihnen zu
einer Macht verhelfen können, die durch Zentra-
lisierung der Arbeit und Erhaltung der
Wirksamkeit in höchstem Maße befördert
wird.

Der Hungerstreik im Zuchthaus Götting.

Genosse Faude, dessen sofortige Amnestie-
rung der Preussische Innenminister bekannt-
lich abgelehnt hat, ist nunmehr angefaßt der
Quarantäne, denen er als Gefangener aus-
gesetzt ist, in den Hungerstreik getreten.
Wie aus den früheren Vorlesungen noch in
Erinnerung ist, sind in Götting die politischen
Gefangenen ganz besonders der Unternehmung
und dem fast ihrer reaktionären Widersacher aus-
gesetzt worden. Eine Untersuchung wegen der
Abgabe von Schüssen durch die Schutz auf die
Zelle der politischen Gefangenen schreie noch.
Wingering hat im Namen der politischen
Gefangenen Anzeige wegen Mordbegehrens gegen
den Direktor der Anstalt erstattet. Er wurde
zunächst nach dem Zuchthaus Bries transportiert.
Der Genosse Faude hat es ganz beson-
ders erbittert, daß die Zuchthausdirektion einen

keinen Selbsttrag, den die Rolle Hüte ihm
geschickt hat, damit er sich eine Zeitung halten,
Zahnsegenmittel, etwas Schwaren usw. kaufen
sönne ihm vorenthalten und den Betrag zur
Beschlagnahme der Gerichts- und Haftkosten ein-
behalten hat.

Dieses Verhalten der Direktion in Götting
zeigt von einem völligen Mangel an sozialem
Verständnis. In einer Zeit, wo die Währungs-
grenze ständig heraufgehoben wird, ist es eine
besondere Härte, einem hilflosen Gefangenen die
Unterstützung seiner Angehörigen und
Freunde vorzuenthalten und ihn auf diese Art zu
Verzweiflungsschritten zu bringen, die ge-
eignet sind seine Gesundheit dauernd zu zer-
stören. Das Verhalten der Strafvollzugsbe-
hörden ist umso verwerflicher, als Faude wie
auch Wingering nach der Praxis des Preussischen
Staatsministeriums bezüg. des Reichs-
justizministeriums binnen weniger Monate
Strafaussetzung unter Aufhebung einer Be-
währungsfrist erhalten müßten. Genosse Win-
gering, der in hochgradigem Maße psychopa-
thisch ist, hat infolge der ihm gewordenen Ver-
handlung eine so schwere Haftstrafe sich zu-
gezogen, daß ihm jetzt die Justizverwaltung
nach der Strafamtal Groß-Strafen Vorläufigkeit
haben soll. Es ist eine durch nichts gerech-
fertigte Grausamkeit, psychopathische Gefangene
trotz der Aussetzung der Freiheitsstrafe so zu
behandeln, daß sie sich Leiden zuziehen können,
die sie zeitlebens physisch und psychisch zer-
brechen.

Eine gemeinsame Aktion aller Trans- portarbeiter gegen Kriegsgefahr und Faschismus.

Am 23. Mai wird in Berlin eine gemein-
same Beratung zwischen Vertretern der Inter-
nationalen Transportarbeiter-Föderation und
der Allrussischen Verbände der Transport-
arbeiter, Eisenbahnner und Seelente über die
Möglichkeit und Notwendigkeit einer einheit-
lichen Aktion der Transportarbeiter aller Län-
der zur Bekämpfung der stetig drohenden
Kriegsgefahr und gegen den die Klassenbewußtes
Arbeiterbewegung bedrohenden Faschismus.
Vermutlich wird die Beratung, die für die
Weiterentwicklung des gemeinsamen und ein-
heitlichen Kampfes der Transportarbeiter aller
Länder große Bedeutung haben dürfte, zwei
bis drei Tage dauern.

An die Betriebsräte der Stiefel- und Zergelfabriken!

Werte Genossen!
Durch eine großherzige Sammlung der ameri-
kanischen Proletarier ist es dem Zentral-
komitee der Roten Hilfe möglich, den Kin-
dern der im Kampfe mit der Bourgeoisie
gefallenen Arbeiter oder hinter Gefängnis-
mauern schmachtenden Klassenbrüder Stiefel
und Kleidungsstücke zu kaufen. Damit recht
viel Kinder berücksichtigt werden können, bitten
wir die Betriebsräte aller Textil- und Stiefel-
fabriken, dem Zentralkomitee der Roten Hilfe,
Berlin E. 54, Rosa-Hauser Straße 38, un-
gehend Nachricht zu geben, wenn es durch ihre
Vermittlung möglich ist, Stiefel, Anzüge, Klei-
der, Wäsche oder Stoffe ohne Unternehmer-
gewinn, zu annehmbaren Preisen zu erlangen.
Es werden ungefähr benötigt: 300 Paar Stiefel,
185 Anzüge, 195 Kleider, 700 Paar Strümpfe
und ein größerer Posten Hemden und Unter-
hosen.
Das Zentralkomitee der Roten Hilfe.

Ordnung auf dem Lande.

Dies eines Genossen aus der Provinz.
In Grünow (Märkern) lebt ein Mitterguts-
besitzer, Mittmeister a. D. A. H. n. A. H. n. A. H. n.
Er hat mehrere Söhne, der älteste ist Oberleutnant
nicht im Dienst, selbstverständlich Ordnung. Dieser
erzählt, was nächstens alles vor sich gehen soll.
Ich greife aus seinen Notizen eine typische
heraus: „Wir werden spätestens im Mai 1924
schlagen. Es werden dann 20000 Arbeiter an
die Wand gestellt und kaltblütig erschossen werden
und das deshalb, weil sie arbeitslos sind, weil sie
ja doch nicht mehr arbeiten können, denn während
der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit verlieren sie ja das
Arbeiten.“

Die Leute sind furchtbar erschrocken, daß von ihnen
Deuten welche verhaftet sind und daß die Arbeit-
erschaft Hundertschaften bildet, die öffentlich auf der
Straße gehen können, während man ihnen den Zu-
sammenstoß verbietet.“

Im Dorf ist es längst kein Geheimnis mehr,
daß auf dem Gut Gewehre und Munition im
Ueberflusse vorhanden sind, um eine Kompagnie
zu bewaffnen.
In Grünow besteht trotz Verbot noch eine Flucht-
schutz, der mit 98.er Gewehren ausgebildet ist.
Die Besitzer haben sogar das Recht, laut Befehl
vom Landratsamt im Kreise Ungewöhnliches
frei und öffentlich mit diesen Gewehren herum-
zulaufen.

Ins Zuchthaus!

Vor dem Mannheimer Schwurgericht hatte
dieser Tage eine füllige Frankfurter wegen
Abtreibung zu verurteilen. Das Gericht
verurteilte die Angeklagte zu vier Jahren
drei Monaten Zuchthaus unter Aber-
kennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer
von fünf Jahren.

Dieses ungeheuerliche Urteil muß ein Anlaß sein
noch mehr als bisher für die Aufhebung der
Schandparagraphen 218 und 219 des Strafgeset-
buches einzutreten, von denen es immer heißt, daß
sie nur selten oder mit der Anwendung verbunden
sind. Der vorliegende Fall ist umso trauriger, als die An-
geklagte bisher völlig unbescholten ist. Sie war
im Kriege in Bagdaden bis zur Aufhebung tätig,
sie hat die Arbeitungen mit allen erforderlichen
Vorsichtsmaßnahmen vorgenommen, ohne daß eine
Patientin Schaden erlitt, und hat vielen ver-
zweifelten Frauen aus Not und Elend geholfen.
Und dafür jetzt dieses mörderische Urteil!

Wucher mit Sorgen.

Das Kölner Wuchengericht verurteilte den
Eiskler Lohse aus Rentgen zu 8 Monaten Ge-
fängnis und 1 Million Mark Geldstrafe wegen
Wuchers mit Sägen. Er hatte an arme Leute
Säge, die 75—90000 Mark Wert waren, zu
350—400000 Mark abzugeben.

Wie wirkliche Hyänen so mästet die Wucherer
sich selbst noch an den toten Proleten. Wenn
das Proletariat nicht die Hyänen und mit
ihnen der ganzen kapitalistischen Gesellschaft
bald den Garaus macht, wird es soweit kommen,
daß mit seinem Kadaver noch Wucher getrieben
wird.

Müssen 60 000 Babys sterben?

So fragt unsere kommunistische Bruderpartei
Großbritanniens in der Spalte: „Der Kampf der
Arbeiterfrau“ ihrer wöchentlichen Zeitung „Workers
Weekly“. Folgende Tatsachen werden dort ange-
führt:
„Das englische Gesundheitsministerium hat den
Plan für Mutter- und Kinderfürsorge, der nach
dem Krieg aufgestellt wurde, zunichte gemacht. Es
hat die unentgeltliche Versorgung mit Milch für
Kinder von drei Jahren an aufwärts aufgehoben,
die Menge, die für jedes Kind zur Verfügung
steht auf 1/2 Liter herabgesetzt, hat unter sagt, irgend
eine Zuwendung selbst in Fällen dringender Not
zu gewähren, solange der Fall noch in der Unter-
suchung begriffen ist.“

Die wirren Sachen.

Ein sozialer Roman von Iao London.
33].
Jetzt hieß es bluten für die günstigen Jahre.
Alle Märkte waren überfüllt, alle Markt-
preise stiegen, und unter dem allgemeinen Preis-
rückgang fiel der Preis für die Arbeit am
schnellsten. Das Land wurde durch industrielle
Fähigkeiten erschüttert. Hier und dort und
überall wurde gestreikt, und wo dies nicht
liberal der Fall war, wurden die Arbeiter von
den Unternehmern entlassen. Die Zeitungen
waren voll von gewalttätigen und blutigen Be-
richten. Und überall spielten die schwarzen
Hundert ihre Partien. Aufruhr, Brandstiftung
und zahllose Zerstörung war ihre Tätigkeit und
sie besorgten reichlich diese Dinge. Die ganze
reguläre Armeehand im Feld, aufgebunden in
folge der Tätigkeit der schwarzen Hundert. Alle
Städte und Orte waren wie bewaffnete Lager,
und Arbeiter wurden wie Hunde niederge-
schossen. Aus dem großen Heer der Arbeits-
losen wurden die Streikbrocher ausgehoben. Und
wenn die Streikbrocher von den Arbeitern über-
wältigt wurden, erschienen immer die Truppen
und schlugen die Arbeiter.

Auch die Militäer war da. Bis jetzt hatte man
noch nicht zu dem geheimen Mißgeschick zu
preisen brauchen. Nur die reguläre Militäer war
aufgehoben und sie war überall im Feld. Und
in dieser Sprechenszeit wurde die Kopfzahl
der regulären Armees durch Regierungsbeschl
von hunderten Tausend vermehrt.
Wie haben die Arbeiter eine so ungeheure
Ueberschuldung erlitten. Die großen Führer der
Industrie, die Oligarchen hatten die erste
Zeit ihr volles Gewicht in die von den küm-
pernden Arbeitgeberverbänden gelegte Briefe
geworfen. Diese Verbände waren tatsächlich
dem Mittelstand angehörig, aber jetzt gewun-
nen durch die letzten Zeiten und trachenden
Märkte und unterführt von den großen
Führern der Industrie, bereiteten sie den ver-
stärkten Arbeitern eine schreckliche und ent-
scheidende Niederlage. Das Bündnis war über-
wältigt, aber es war ein Bündnis des Bösen

mit dem Bösen, und bald genug mußte der
Mittelstand das erfahren.

Die Arbeiterkämpfe war blutiger als und rache-
süchtig, aber verdammt. Durch ihre Niederlage
endeten in den letzten Jahren nicht. Die
Banken, jetzt eine der wichtigsten Stützkräfte
der Oligarchie, kündigten so während Kredit-
die Wall-Strategie für den Weltmarkt
in einen Strudel, in dem die Weltkarte des
ganzen Landes fast bis zur Wertlosigkeit herab-
sank. Und aus all diesen Zusammenbruch
und Untergang rieg die wachsende Oligarchie
herauf, unbestimmt, unerschütterlich und sicher.
Ihre Gelasstheit und Sicherheit waren er-
schreckend. Sie bemühte nicht nur ihre eigene
richtige Macht, sondern auch die ganze Finanz-
kraft der Vereinigten Staaten zur Ausführung
ihrer Pläne.

Die Führer der Industrie wandten sich gegen
den Mittelstand. Die Arbeitgeberverbände, die
den Führern der Industrie beistanden, waren,
die Arbeiter zu zerschmettern, wurden jetzt von
ihren früheren Verbündeten selbst zerschmettert.
Mitten in dem Untergang der kleinen Kauf-
leute und Fabrikanten Händen die Trusts fest.
Noch mehr als das. Sie waren listig. Sie
sahen Wind und Wind und immer mehr Wind,
dann sie allein verstanden, den Sturm zur Seite
zu bringen und Östrome daraus zu ziehen.
Und was für Gewinne! Kolossale Gewinne!
Alles ist stark genug, um dem Sturm zu wider-
stehen, den sie selbst zum größten Teil ent-
setzt hätten. Leben sie ihn leben und tauchten
die Trimmer, die obenaufr trieben. Werbpa-
piere schrumpften unbarbarisch und unbegreif-
lich zusammen, und die Trusts häuften unge-
heuren Besitz zu ihrem feithrigen, indem sie
ihre Unternehmungen auf diese neue Felder
ausdehnten — und immer auf Kosten des Mittel-
standes.

So gab der Sommer 1912 dem Mittelstand
den Todesstoß. Selbst Ernst war über die
Schnelligkeit erstaunt, womit es geschah war.
Er schätzte schließlich den Kopf und sah den
Herbstwelle hoffnungslos entgegen.
„Es hat keinen Zweck“, sagte er. „Wir sind
geschlagen. Die Eisenerne Seite ist am Werk.“

Ich habe auf einen friedlichen Sieg an der
Wahlurne gehofft. Ich habe mich geteert. Wich-
son hat recht. Wir werden unsere wenigen
Freiheiten beibehalten werden: die Eisenerne Seite
wird über unser Antlitz schreiten. Es bleibt
nicht als eine blutige Revolution der Arbeiter-
schaft übrig. Wir werden freilich gewinnen,
aber es schaudert mich, wenn ich daran denke.“

Von diesem Zeitpunkt an setzte Ernst kein
ganzes Vertrauen auf die Revolution. Hierin
eilte er seiner Partei voraus. Seine Genossen
stammten ihm nicht zu und blieben dabei, daß
der Sieg durch die Wahlen errungen werden
müsse. Nicht, daß sie verblüfft waren. Es für
waren sie zu berechnend und maßhaltig. Sie
waren nur skeptisch, das war alles. Ernst konnte
sie nicht dazu bewegen, den Aufruf der Olig-
archen ernstlich zu fürchten. Sie waren be-
wundernswürdig, aber sie waren ihrer eigenen Macht zu
sicher. In ihrem sozialen Bau war kein Platz
für die Oligarchie, und deshalb konnte es keine
solche geben.

„Wir schieden dich in den Kongress, und alles
ist dann in Ordnung“, sagten sie zu ihm in
einer vertraulichen Sitzung.

„Und wenn man mich aus dem Kongress
herausholt“, erwiderte Ernst kaltblütig, „und
an die Wand stellt und mir eine Kugel durch
den Kopf jagt — was dann?“

„Dann werden wir unsere Gewalt an“ ant-
worteten ein Dugend gleichzeitig.

„Dann werdet ihr euch in eurem Blut wälzen“,
gab Ernst zurück. „Dieses Red habe ich bereits
vom Mittelstand sitzen gehört, und wo ist
der mit seiner Gewalt?“

11. Kapitel.
Das große Ereignis.
Genosse Wilson ließ Vater nicht zu sich bitten.
Sie trafen sich zufällig auf dem Fährboot nach
San Francisco, sodaß die Warnung, die er
Vater gab, unvorbereitet war. Er hatte über-
haupt keine Warnung bekommen, wenn er
nicht zufällig mit Wilson zusammengetroffen
wäre. Der Erfolg wäre immerhin der gleiche
geblieben. Vater entflammte dem starken alten
„Nagelholz“-Geschlecht und sein Blut war
gebietetlich.

„Ernst hat recht gehabt“, sagte er zu mir
gleich nach seinem Eintreten. „Ernst ist ein ganz
außergewöhnlicher junger Mann, und ich würde
dich lieber als seine Gattin, denn selbst als die
von Rockefeller oder des Königs von England
sehen.“

„Was ist vorgefallen?“ fragte ich beunruhigt.
„Die Oligarchie ist auf dem Wege, auf unsere
Geschlechter zu treten — auf meines und meines.
Wentgens sagte mir Wilson so. Er war
sehr freundlich — für einen Oligarchen. Er bot
mir an, mich wieder bei der Universität ein-
zulassen. Was sagst du dazu? Er, Wilson,
der schmutzige Geizhals, hat die Macht darüber
zu entscheiden, ob ich an der Staatshochschule
lehren soll oder nicht. Aber er bot mir noch
mehr an — er wollte mich zum Präsidenten
einer großen Anstalt für physikalische Wissen-
schaften, die gegründet werde, machen — die
Oligarchie muß wie du siehst, irgendwie etwas
von ihrem Ueberflusse anlegen.“

Erinnern Sie sich, was ich dem sozialistischen
Berichter Ihrer Tochter sagte? „Schloß er. Ich
sagte ihm, daß er auf dem Gesicht der ar-
beitenden Klasse marschieren würden. Und das
werden wir. Was Sie abbelangt, so habe
ich vor Ihnen als Gelehrten eine große Hoch-
achtung; aber wenn Sie mit den Sozialisten
gemeinsame Sache machen — nun geben Sie
auf Ihr Gesicht acht, das ist alles.“ Und
damit wandte er sich um und ließ mich stehen.“

Das bedeutet, daß wir früher heloten
müssen, als du im Sinn hast“, erklärte Ernst
als ich ihm die Sache erzählt hatte.
Ich konnte seiner Begründung nicht folgen,
aber ich mußte ihm bald genug recht geben.
Gerade zu jener Zeit sollten die Dividenden
der Eisenerne Werte ausgezahlt werden, aber
Vater bekam keine. Nachdem er einige Tage
gewartet hatte, schrieb er an das Sekretariat
Winklich kam von dort die Antwort in dem
Büchern stehe nichts davon, daß Vater Aktien
besaß, und daß man ihn höflich um näheren
Ausschluß bitte.
Die will ich ihnen deutlich genug geben,
hals der Kuchel“, erklärte Vater und sah
zur Bank, um die fraglichen Wertpapiere und
seinen Schlüssel zu nehmen. (Fort folgt.)

Mittelst verhängerte in Hermonden (Stadt in England) ein Netz, während das Hindernis der Komitee am 10. Tage brauchte, um zu entscheiden, ob das Netz Milch brauche.

Petrie's Hundertkisten. Aus Meleseld wird berichtet, daß in der 7. Triebwerkversammlung der Santa-Merke gegen 20 Stimmen beschlossen wurde, sofort einen provisorischen Selbstschutz ins Leben zu rufen. Es wurde sofort mit der Bildung der Hundertkisten begonnen.

Gemeinsame Abwehr-Hundertkisten. Auch in Sprinje (Hannover) haben die Arbeiter im Gewerkschaftsartell die Bildung gemeinsamer Abwehr-Hundertkisten durchgesetzt. Der Beschluß wurde in geheimer Abstimmung gefaßt. Das Gewerkschaftsartell wird nunmehr die soziale Organisation der Abwehr-Hundertkisten vornehmen und die Einheitsfront gegen die faschistische Gefahr durch keine Führer-Sabotage lösen lassen.

Ausland.

Kommunistenverfolgungen überall.

London, 30. April.

In Konstantinopel wurde eine sogenannte „bolshewistische Verschwörung“ entdeckt, d. h. es wurden Flugblätter beschlagnahmt, worin das unterdrückte Proletariat aufgefordert wurde, sich gegen die Kapitalisten und ihre Regierungen zu erheben. 21 Personen, darunter sich drei russische Genossen befinden sollen, wurden verhaftet.

Warschau, 1. Mai.

Hier ist eine Niederlage kommunistischer Druckkräften entdeckt worden. Infolge dieses Staatsverbrechens wurden vierzig Verhaftungen vorgenommen. Die Blätter teilen mit, daß die Behörden mit allem Nachdruck gegen etwaige Umzüge und kommunistische Demonstrationen einschreiten werden.

Der bulgarische Wahlschwindel.

Sofia, den 26. April.

Bei den Wahlen wurden insgesamt eine Million gültige Stimmen abgegeben, wovon trotz des blutigen Regierungsterrors auf die kommunistische Partei 210 000, also fast ein Viertel der Stimmen fielen. Trotzdem erhält die Re-

gierungsmehrheit nach ihrem letzten Wahlkampf „neues Wahlgeld“ genannt, 220 und die kommunistische Partei, bloß 14 Mandate.

Ein internationaler Kampftag.

Die amerikanischen Kommunisten hatten für den 1. Mai große Demonstrationen vorbereitet. Um diese im Keime zu ersticken, hat die Polizei die hauptsächlichsten kommunistischen Führer in den Industriezentren verhaftet.

Die Metallarbeiter in Mailand haben beschlossen, am 1. Mai nicht zu arbeiten. Die Faschisten haben daraufhin erklärt, daß sie jede Demonstration in der Stadt mit Gewalt verhindern würden.

Aus der Partei.

Warnung!

Die Bezirksleitungen, Ortsleitungen und Parteigenossen werden dringend vor einem Schwindler gewarnt, der auf den Namen Josef Schwarz aus Mannheim reist. Nach seinen Angaben will er politischer Flüchtling sein, der angeblich von den bayerischen Behörden wegen der Münchener Käsefabrik verfolgt wird. Der Schwindler tritt sehr gebandt auf und beruft sich auf die Bekanntheit bekannter Parteigenossen. Zuletzt war er in Berlin, wo er einem Arbeiter der SPD, der ihn aus proletarischem Pflichtgefühl beherbergte, die Möbel erbrach und große Diebstähle beging. Dieser Josef Schwarz, der wiederholt wegen Einbruchsdiebstahl, Unterschlagung, Betrug usw. bestraft worden ist, will diese Strafen wegen politischen Vergehen bekommen haben. Alle diese Erzählungen sind Schwindel.

Josef Schwarz hat sich voraussichtlich von Berlin nach Rheinland-Westfalen begeben. Wir ersuchen die Parteigenossen und Parteiorganisationen, sobald er irgendwo auftaucht, ihm sämtliche Papiere und Ausweise, die sich auf die Partei beziehen, abzunehmen und an die Zentrale, Abteilung Information, Nachricht zu geben. Da Schwarz nach seinem Vorgehen in Berlin voraussichtlich auch anderwärts an Arbeiter der SPD und der Gewerkschaften wenden wird, bitten wir die gesamte Arbeiterpresse um Warnung vor diesem Schwindler.

Fortschritte in der Bewegung.

Nach den Kreiswahlwahlen im Kreise Wittberg des Bezirks Halle-Merseburg hat die Partei 10 neue Ortsgruppen gegründet. In drei

von diesen Orten haben bereits vor der Märzaktion Ortsgruppen bestanden; die übrigen 7 Orte sind völlig neues Gebiet. Besonderen Platz haben die Partei unter den Kleinbauern. Es ist bemerkenswert, daß zu der Kreisversammlung des Landbundes ein Korreferent von der kommunistischen Partei gefordert worden ist.

Die Ortsgruppe Magdeburg hat die Debatte über den Parteitag zum Abschluß gebracht. An den Bericht über den Parteitag in der Generalkonferenz knüpften sich einige Funktionärversammlungen mit ausgiebiger Diskussion. In der Schlussabstimmung stellten sich die Funktionäre der Ortsgruppe gegen 3 Stimmen auf den Boden der Parteiloyalität. Die Tätigkeit der Partei in Sachen und im Ruhrgebiet wurde einstimmig gutgeheißen.

Neue Literatur.

Die junge Garde.

Zentralorgan der kommunistischen Jugend Deutschlands. Soeben erschien die Nummer 1, gut ausgestattet, mit farbigem Titelbild. Preis der Einzelnummer 200 Mark.

Aus dem Inhalt: Der Matag rust die Jugend zum Kampf! Zwischen französischen Gewerkschaftern und deutschen Revolvern: Esfer und Mühlheim an der Ruhr. — Tragt die Fahne zum Sieg! — In der Arbeitspause. — Der 1. Mai — ein Kampftag gegen das Arbeitszeitgesetz! — Die Münchener Käsefabrik. — Die Betriebszellen müssen den Kampf aufnehmen. Die Demonstration unserer Berliner Genossen in Potsdam. — Aus der Internationale.

Die Nummer enthält außerdem eine Anzahl guter Gedichte und eine Wiedergabe der Fahne, die unsere russischen Genossen dem 7. Reichstagskongress der kommunistischen Jugend Deutschlands überreichten.

Gegen Kriegsgefahr und Faschismus.

Im Verlag der BWA, Berlin S.W., Glauerstr. 17, sind soeben 2 Schriften des Internationalen Aktions-Komitees gegen Kriegsgefahr und Faschismus erschienen, auf die wir alle Arbeiter, besonders aber die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, aufmerksam machen. Diese Schriften dienen ihrer täglichen Propaganda in den Werkstätten und in den Versammlungen. Die eine Broschüre „Der internationale Kampf des Proletariats gegen Kriegsgefahr und Faschismus“ enthält das Protokoll der Internationalen Arbeiter-Konferenz in Frankfurt a. Main vom 17. bis 21. März 1923 mit dem wichtigsten Referat des Generalsekretärs Lenjowski „Der französische Raubzug an der Ruhr und die drohende Kriegsgefahr“ und Clara Zetkins Referat „Der Kampf gegen die

Internationale Faschistenaktion“, wobei alle Resolutionen und Beschlüsse der Konferenz, andere Broschüre „Die Weltlage und die Aufgaben des internationalen Proletariats“ enthält die Rede, die der Generalsekretär der Internationalen Arbeiter-Konferenz in Amsterdam, der Gewerkschaftsfunktionäre gehalten hat. Die Broschüre ist mit einer Einleitung und einem Nachwort versehen. Jeder Arbeiter, der seinen Anteil an der Weltrevolution hat, der die Weltrevolution als eine außerordentliche Aufgabe gegen die Faschisten organisiert, weil ihm das von Edo Fimmen Gelaute unabweisbar ist. Die Broschüre eignet sich besonders zur Verbreitung unter den sozialdemokratischen und unsozialdemokratischen Funktionären in Deutschland. Bestellungen nehmen entgegen der BWA-Verlag, sowie alle Arbeiterbuchhandlungen. Preis für die Internationale Kampf des Proletariats gegen Kriegsgefahr und Faschismus“ beträgt pro Heft 650 Mark, für „Die Weltlage und die Aufgaben des internationalen Proletariats“ 390 Mark.

Vom Tage.

Plünderung einer Filmstadt.

Berlin, 1. Mai.

Gestern abend hatten sich auf dem Gelände der Union-Film-Gesellschaft in Zehlendorf etwa 400 Personen eingefunden, die die dort aufgeführte Filmstadt regelrecht abbaute und plünderten. Beim Erscheinen der Polizei stürzte die Menge, doch konnten zwölf Personen festgenommen werden.

Das Massenunglück beim Fußballwettkampf.

London, 30. April.

Von den bei dem Massenunglück in Wembley Verunglückten brauchen nur neun im Gefängnis zu bleiben. Todesfälle sind nicht zu bezweifeln. Man erwartet, daß die Angelegenheit im Parlament zur Sprache gebracht werden wird.

12 Personen ertrunken.

Kaschab, 1. Mai.

Nach den letzten Meldungen muß angenommen werden, daß ein mit 12 Personen besetztes Boot des gescheiterten portugiesischen Dampfers Mossamedes verloren gegangen ist.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Kurt Bombrowski, für den Inhalt: Max Schöcher, Rotationsdruck und Verlag: Proletaris-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Berichtungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.
KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Treibritterstr. 50, Tel. Ring 937, Adress: S. H. Köpcke, Breslau, Treibritterstr. 50.
Breslau, Dienstag, 1. Mai, abends 7 Uhr, im Saal des Arbeitervereins. Es ist Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin, persönlich zu erscheinen und sich zu beteiligen.

Gewerkschaften

Breslau, Montag, 1. Mai, abends 7 Uhr, im Saal des Arbeitervereins. Es ist Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin, persönlich zu erscheinen und sich zu beteiligen.
Breslau, Dienstag, 2. Mai, abends 7 Uhr, im Saal des Arbeitervereins. Es ist Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin, persönlich zu erscheinen und sich zu beteiligen.

Andere Organisationen

Breslau, Freitag, 1. Mai, abends 7 Uhr, im Saal des Arbeitervereins. Es ist Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin, persönlich zu erscheinen und sich zu beteiligen.

Kinder der Wildnis

6 Akte
Die Maske
6 Akte
Persönliches Auftreten
Tanz- und Gesangsgruppe
Helme

Wieder eingetroffen:

Taschen-Kalender der KPD für 1923.
255 Seiten Hart.
Preis: 250.- Mk.

Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft f. die Prov. Schlesien

Breslau 1, Nikolaistr. 49/50
Abteilung: Buchhandlung

Hast Du schon das kommunistische Einmaleins gekauft?

Sohlenleder-Ausschnitt
in allen Größen u. Stärken, preiswert
Gebr. Tischler
Lederhandlung
Waldenstr. 4
Filiale: Sandstraße 11.

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernet die **Weltsprache „Esperanto“**
die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und auch verwendet wird!

Achtung Genossen!
Anfertigung sämtlicher Herren-Garderobe nach Maß zu den billigsten Preisen.
W. Radlewski, Oderstr. 14, III.

Achtung Genossen!
Feldgraue Litewken, hohe u. halbe Damenschuhe, prima Schnürschuhe, Militärschnürschuhe (unverwundbar) verkauft
Kupczak
Sadowastr. 14, III.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei und Eisen kauft zum Tageskurs
August Hoffmann
Reklamepreter und Installationsgeschäft
Breslau 8, Brüderstr. 34
vorn im Laden
Tel. R. 3095 Nebenstelle.

Proletarier lies!
Nur durch die Vertiefung Deines Wissens kann die geistige Diktatur des Kapitals gebrochen werden.
Die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
Abtl. Buchhandlung Breslau Nikolaistraße 49/50
hat ein reichhalt. Lager aller einschlägigen proletar. Literatur aufzuweisen
Eine reichhaltige Sendung neuer kommunistischer Literatur ist eingetroffen.

Genosse. Genossin. Werbe neue Leser!

Während der Messe
Donnerstag 3. Freitag 4. Sonnabend 5.
3 Sonder-Verkaufstage!
Wir offerieren:
Oxford, Kleidermessel, Hemdentuch, Schürzenstoff, Handtuchstoff, Züchen, Inlets, Cheviot bedruckt, Volle, Frotte, Musseline etc.
zu billigsten Preisen!
J. & A. Langstadt
Ohlauerstr. 66, am Christophoripl.
Während der Messe

Zahle die höchsten Preise für Gold-, Platin-, Silber-Bruch, alte Gebisse
Streng reelle Bedienung. Einkauf täglich 8-7 Uhr.
Weberbiete jeden Konkurrenzpreis.
Bei steigendem Dollar sofort höhere Preise.
Kein Zahn unter 4000.- Mk. Knopfstifte die Hälfte.
Breslau, Matthiasstr. 18 I
Th. Schade.

Achtung!
Nicht durch schreiende Reklame will ich Sie an mich locken, wie manche Firma, zum Beispiel „Durch Raummangel“ oder „Im Auftrage einer Fabrik“ oder „Durch günstige Abschlüsse“. Günstige Abschlüsse habe ich immer, daher
Einem Mord
begehen Sie, wenn Sie sich beim Einkauf nicht erst beimir von Preis und Qualität überzeugen, denn der Preis allein macht's nicht.
Spotbillige Preise und prima Qualitäten in Herren-, Kostüm- und Mantel-Stoffen.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Tuchhandlung Sigmund Margoliner,
70a Schuhbrücke 70a,
an der Albrechtsstr., 1 Minute vom Ring.
Telephon Ohle 8095.